

---

## Sven Papcke: Links und kleinmütig?

---

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, war von 1968 an wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum, 1973 Assistenzprofessor an der FU Berlin und ist seit 1974 Professor für Soziologie an der Universität Münster.

„Auch für einen Parteipolitiker gibt es Situationen, in denen... er das Staatspolitische über alles andere stellt“ Herbert Wehner (1962)<sup>1</sup>

Im Oktober 1980 trafen sich die Schriftsteller Erich Fried und Peter Härtling zum Mittagessen in einem Lokal in Wien. Fried wurde berühmt durch seine politische Lyrik, vor allem durch den als Alarmruf gedachten Band „und Vietnam und“. Das war 1966, seither hatte sich der Traum vom befreiten Indochina allerdings in sein Gegenteil verkehrt. Weltweit verknüpfte man inzwischen Umerziehungslager und Flüchtlinge mit dem Regime des Vietcong. Was wunder also, daß Erich Fried das Gespräch mit seinem Frankfurter Kollegen damals in Österreich mit den Worten begann: „Du, Peter, wir müßten mal wieder über Vietnam reden, wir haben uns ja alle getäuscht“.<sup>2</sup>

Wie wahr, leider ist es bei dieser *privaten* Einkehr geblieben, denn auch für die Verlautbarungen unserer Intellektuellen gilt nicht eben selten jenes geflügelte Politikerwort, das da heißt: „Was kümmert mich mein Gerede von gestern?“ Warum aber wird eine Meinung nicht ebenso öffentlich revidiert, wie sie geäußert wurde? Es kann sich in diesem Zusammenhang wohl gemerkt nicht um das Recht auf Irrtum handeln, das natürlich auch jenen zusteht, die als Kopfarbeiter häufig meinen, alles besser zu wissen als ihre Mitwelt. Es geht vielmehr darum, wenigstens nachträglich seine Fehler einzugestehen, der Glaubwürdigkeit wegen, aber auch, um aus ihnen lernen zu können. Was zum Beispiel? Etwa, Sichtverzerrungen abzubauen oder auch die eigene Schwarzweißmalerei zu durchschauen. Denn daß (um bei diesem Beispiel zu bleiben) auch die Freischärler Ho Chi Minhs keineswegs Ritter ohne Tadel waren, das ließ sich von nüchternen Beobachtern schon ausmachen, als im Dschungel um Saigon noch gekämpft wurde. Nun, nicht nur Erich Fried hat später von seiner spontanen Freude über die (wie es damals so schön hieß) „Befreiung aus den Gewehrläufen“ nicht öffentlich Abschied genommen; auch die Begeisterung vieler Intellektueller für die von Mao Zedong angezettelte „Kulturrevolution“ - der unzählige Millionen Chinesen zum Opfer fielen - oder aber überhaupt die (wohl doch hoffentlich nur angeblich) linke Grundsympathie für realdiktatorische Experimente in Albanien, Rumänien, Äthiopien, Cuba oder

---

<sup>1</sup> Zit. nach: Gerhard Jahn (Hrsg.), Herbert Wehner. Beiträge zu einer Biographie, Köln 1976, S. 20.

<sup>2</sup> Vgl. Friedrich Denk, „Nicht alle haben sich getäuscht“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.12.1989, S. 12.

anderswo, wann sind sie nachträglich je lauthals in Zweifel gezogen worden? „Der deutsche Intellektuelle nebst seinen Visionen vom Guten, Schönen und Humanen“, so hat der heute in der Bundesrepublik lebende Günter Kunert festgestellt, „ist durch keine noch so massive Tatsachenfülle widerlegbar“. Diese Einsicht findet sich in einem jüngst erschienenen Sammelband mit Stellungnahmen ostdeutscher Intellektueller zu den Vorgängen in der DDR seit dem denkwürdigen 9. November 1989. Die in diesem Lesebuch wiedergegebenen Ansichten, ebenso wie die schon im Januar 1990 herausgebrachten Flugschriften, Aufrufe und Texte zum Umbruch, bestätigen auf ernüchternde Weise die Einschätzung Kunerts.<sup>3</sup>

### Abgehobenheit

Was hier im Sinne einer verblüffenden Weltfremdheit und geradezu unbelehrbaren sozialistischen Glaubensseligkeit - etwa bei dem als Dramatiker so bedeutenden Heiner Müller<sup>4</sup> - zum Ausdruck kommt, das hat nicht etwa nur mit der ehemals privilegierten Stellung der schreibenden Zunft im anderen Teil Deutschlands zu tun, denn ähnliche Positionen findet man auch hierzulande - etwa bei Günter Grass<sup>5</sup> oder Walter Boehlich<sup>6</sup> -, wengleich die Begründung der Zweistaatlichkeit oder auch eines angeblichen Dritten Weges im einzelnen durchaus verschieden klingen mag. Hüben wie drüben beweisen die intellektuellen Zeitzeugen jedenfalls wenig Bodenhaftung, von Geist *und* Tat im Sinne einer Forderung von Heinrich Mann<sup>7</sup> kann noch immer nicht die Rede sein. Es herrscht vielmehr ein ebenso freischwebender wie selbstgerechter Denkstil vor, triumphierend erklärt Christoph Hein in diesem Sinne die „Unbelehrbarkeit“ zur „Pflicht der Intellektuellen“. <sup>8</sup> Von unserer Bereitschaft, sich „über den Mangel an Wirklichkeit mit Träumen zu trösten“, hat bereits Wolfgang Menzel<sup>9</sup> berichtet, und solcher Realitätsverlust bewirkte hierzulande schon in früheren Zeiten den Rückzug der Intellektuellen aus der Tagespolitik: Nicht zuletzt deswegen, weil die eher unselige Trennung von Kopfzerbrechen und Macht immer wieder zu Kontaktschwierigkeiten zwischen dem Volk — so sagt man seit der Maueröffnung offenbar wieder — und seinen Vordenkern geführt hat.

Wohl auch aus diesem Grunde hat der Schriftsteller Peter Schneider,<sup>10</sup> Jahrgang 1940, unter der Überschrift „Man kann sogar ein Erdbeben ver-

3 Michael Naumann, (Hrsg.), Die Geschichte ist offen, Reinbek 1990, Charles Schuddekopf (Hrsg.), Wir sind das Volk, Reinbek 1990

4 Vgl. „Ohne Sozialisten keine Zukunft“, in Vorwärts 11 (1989), S 21 Noch im Dezember 1989 findet sich bei Müller die immerhin bemerkenswerte Kennzeichnung der DDR „als basisdemokratische Alternative zu der von der Deutschen Bank unterhaltenen Demokratie in der BRD“, zit nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10 4 1990, S 22

5 Vgl. „Lastenausgleich Wider das dumpfe Emheitsgebot“, Frankfurt a M 1990

6 Vgl. „Deutschland erwacht“, in Der Spiegel Nr 11/1990, S 34 f

7 „Geist und Tat“ (1910), in „Politische Essays“, Frankfurt a M 1977, S 7 ff

8 Vgl seine Dankesrede am 6 Mai 1990 im Wiener Burgtheater zur Verleihung des Erich-Fned Preises, in Frankfurter Rundschau vom 25 5 1990, S 33

9 „Die deutsche Literatur“, 1. Theil, Stuttgart 1828, S 5

10 In Die Zeit vom 27 4 1990, S 57 f

passen" im vergangenen Monat ein leidenschaftliches „Plädoyer für eine Vergangenheitsbewältigung der Linken" publiziert. Ansonsten könne es in dieser wichtigen Umbruchzeit wieder so kommen wie schon einmal zu Beginn der Adenauer-Ära, als sich die Intellektuellen mit Wolfgang Koeppens Roman „Das Treibhaus" (1953) naserümpfend aus den Niederungen des politischen Alltags verabschiedeten und dann bis zur sozialliberalen Koalition im Schmolliwinkel verharreten. Schriftsteller und Denker reklamieren neuerdings gern für sich, so sinniert Schneider in diesem Essay, daß sie den gefährdeten Arten zuzurechnen seien. Das mag so sein, heißt es weiter. Der Vollständigkeit halber müsse dem allerdings hinzugefügt werden, „daß sie auch zu den gefährlichsten Arten gehören". Es soll hier auf ihren Beitrag zur Rechtfertigung von politischer Romantik und - beizeiten auch - der verschiedensten Herrschaftstypen nicht weiter eingegangen werden. Es reicht immerhin aus, die merkwürdige Verstortheit zur Kenntnis zu nehmen, mit der die berufenen Literaten und intellektuellen Weltdeuter hierzulande jüngst auf die Ereignisse in Osteuropa reagiert haben, um in ihren Reihen allerlei Unzeitgemäßheiten zu vermuten. Mag man auch mit Blick auf das Ausbleiben eines ebenso selbstkritischen wie offenerherzigen Eingeständnisses der eigenen Versäumnisse etwa in Sachen „Realsozialismus" vielleicht nicht gleich mit Julien Bendas alter Formel von einer neuerlichen *trahison des clerics* reden, so sei doch an das unguete Empfinden von Hans Christoph Buch erinnert, wonach „die deutschen Intellektuellen immer noch mit autoritären Lösungen liebäugeln, auch wenn das nicht ausgesprochen wird".<sup>11</sup> Doch der Reihe nach: Was steht in diesem Zusammenhang eigentlich zur Diskussion?

### Neuanfang

Keine Frage, das Wendejahr 1989 wird in die europäischen Geschichtsbücher eingehen. Nicht nur deswegen, weil die Teilung des Alten Kontinentes in feindliche Blöcke mitten durch Deutschland nun aufhört und damit auch die ständige Kriegsgefahr, die so lange auf uns gelastet hat. Auch die realsozialistische Pervertierung eines alten europäischen Menschheitstraums findet zu guter Letzt ein Ende, und zwar „nicht mit einem Knall, sondern einem Seufzer" (T. S. Eliot), sieht man einmal ab von den schweren Kämpfen in Rumänien, die allerdings nur zum Teil erfolgreich waren, wie wir heute wissen.

Es war eine Korrektur von unten, wirklich ein demokratischer Aufbruch im Osten, selbst wenn Jürgen Habermas herablassend von einer „nachholenden Revolution" spricht. Die Einforderung der Zivilmoderne durch die Bevölkerung in einer durch ideologisch-verfestigte Herrschaftsverhältnisse in ihrer Entwicklung behinderten Region bestätigt also endlich tatsächlich einmal eine These von Karl Marx, wonach „Fäulnis das Labor des Lebens ist". Ein Jahr der Freude mithin, in dem es einer Bevölkerung mit der auf Dauer unwiderstehlichen Losung „Wir sind das Volk!" gelang, ihr ebenso zynisches wie

---

<sup>11</sup> Auf einer Tagung der Westberliner Akademie der Künste, zit. nach: Frankfurter Rundschau vom 3.12.1985, S. 7.

verhärtetes Regime zu stürzen, um zuguterletzt auch in den Genuß der von den Menschen im Westen seit langem wie selbstverständlich hingenommenen Freiheitsrechte und Konsummöglichkeiten zu gelangen. Ein Anlaß zum Jubel schließlich auch für die Linke, eigentlich *gerade* für sie, denn

- die neuen Friedenschancen,
  - die Entlastung von der allfälligen Identifikation jedes alternativen Denksatzes mit dem Realsozialismus und
  - die Ausweitung des Geltungsbereiches der Demokratie in Europa
- fördern ohne Zweifel gerade auch *ihre* politischen Zukunftschancen ganz beträchtlich, selbst wenn man im Moment noch unter Kontaktschuldverdacht steht, was die Wahlergebnisse in Ungarn beweisen und was auch die schlechten Aussichten in der CSFR oder in Jugoslawien zeigen.

Kurt Schumacher jedenfalls hat Recht behalten mit seiner „Magnettheorie“ aus dem Frühjahr 1947, wonach totalitäre Zentralverwaltungswirtschaften einem Wettbewerb mit der in Freiheit sozial ausgebauten Marktmoderne auf Dauer nicht gewachsen sind. Die Ereignisse im ehemaligen *cordon stalinnaire* deuten aber auch darauf hin, daß die Behauptung vom Ende nicht nur eines sozialistischen, sondern gleichermaßen des sozialdemokratischen Jahrhunderts widerlegt ist, die Ralf Dahrendorf vor einiger Zeit geäußert hat: Er setzte die — tatsächlich vorhandenen — programmatischen Zielirritationen dieser Richtung vorschnell mit dem Abklingen der Nachfrage nach ihren sozialpolitischen Dienstleistungen gleich.<sup>12</sup> Die von der osteuropäischen Dissidentenszene seit langem beanspruchte und seit kurzem von der breiten Bevölkerung dort auch manifestierte Zugehörigkeit zu Europa und dem Westen bringt nun überall den Wunsch nach freien *und* gerechten Verhältnissen zum Ausdruck. Auf dem Boden einer „sozialen Marktwirtschaft“ aber, wie sie im anderen Teil des Kontinentes jetzt ebenfalls angestrebt wird, spielen Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Interessenträger - nicht nur der Benachteiligten - einer *allgemeinen* Humanisierung der Lebenswelt eine zentrale Rolle, was bereits Autoren wie Eduard Heimann in seinem einflußreichen Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ (1929) oder auch der Labour-Abgeordnete Anthony Crosland in seiner Arbeit „The Future of Socialism“ (1956) vorausgesehen haben.

### Mißmut

Es entwickelt sich zur Zeit mithin eigentlich alles hoffnungsvoll, wenngleich - oder gerade weil - situationsgemäß auch viele Probleme anfallen, die nach vernünftigen Lösungen verlangen und über die man hinter dem Eisernen Vorhang bislang nicht einmal nachdenken durfte, ohne in Konflikt mit der Obrigkeit zu geraten. Die Sonne der Freiheit scheint wieder über *ganz* Europa, und hüben wie drüben hoffen wir auf politische Mehrheiten, die entschlossen und abgestimmt an die Milderung ökologischer und sozialer Folgeschäden der entfesselten Industriemoderne gehen. Und doch will keine rechte Zuversicht auf-

---

12 „Das Elend der Sozialdemokratie“, in: Merkur Nr. 12 (1987), S. 1021 ff.

kommen, besonders hierzulande herrscht in der linken Szene eher Bestürzung, Ärger oder so etwas wie Heimweh nach den eben noch so klaren Verhältnissen. Lachende Gesichter jedenfalls finden sich nur bei jenen, die durch die Umwälzungen letztlich die Aussicht auf neue Lebenschancen erhalten haben, kaum aber bei denen, die immer vorgeben, theoretisch oder partei-programmatisch die Interessen der breiten Bevölkerung wahrzunehmen.

Wie läßt sich dieser auffallende Kontrast zwischen Aufbruchsstimmung der Allgemeinheit - bei hierzulande mittlerweile wachsender Besorgnis über finanzielle Belastungen - und Nörgelei der Intellektuellen erklären, die anfangs geradezu einer „Beschreibungsimpotenz“ (Handke) gleichkam? Ist der Linken angesichts der vielen Unwägbarkeiten unserer „Risikogesellschaft“ ihre Zukunftsvision abhanden gekommen? Hat sich in diesem Umfeld jener Hang zum Trübsinn vielleicht als Gruppenstimmung eingenistet?<sup>13</sup> Wenn man sich über das unverhoffte Glück der anderen - immerhin ganzer Nationen, unter ihnen Landsleute - schon nicht mehr freuen kann, vielmehr als ewiger Bedenkenträger nurmehr die Stirn zu runzeln vermag über soviel kruden Materialismus der als „arme Entrechtete aus dem Land des Schlimmen“ (H.-E. Richter<sup>14</sup>) verspotteten friedlichen Revolutionäre jenseits von Elbe und Donau, kann man dann in seiner Epoche wirklich noch den Ton angeben wollen?

Oder gibt es noch immer dogmatische Vorbehalte gegen diese Abstimmung mit den Füßen für die soziale Marktwirtschaft und gegen alle weiteren Sozialismus-Experimente am lebenden Objekt - gegen „dritte Wege“ aller Art mithin -, wie sie seit dem vergangenen Jahr stattfindet? Womöglich will man an lieb gewonnenen *Sozialismusbildern* festhalten, obschon die Mitwelt in einer Zeit der vielen Grenzüberschreitungen und individuellen Verwirklichungsinteressen an allen Ismen leidet? Oder möchte man aus Besserwisserei die Epoche vielleicht weiterhin zu ihrem Glück zwingen? Die sozialen Erwartungen der Menschen beziehen sich immer noch auf die Traditionen des alteuropäischen Gerechtigkeitsverlangens, stimmen aber keineswegs mit deren sozialistischen Ableitungen überein. Sie sollten auch in der Gegenwart erfüllt werden, indem die ärgsten sozialen Härten ebenso verbannt werden wie das Zugrunderichten der Natur. Alle Sozialismusbilder - so modern sie sich auch geben -, pflegen hingegen nach wie vor einen *Kapitalismusbegriff*, der mit altmarxistischen Visionen aufgeladen ist, die samt und sonders dem Frühindustrialismus entstammen und (heute jedenfalls) einfach nicht mehr den Tatsachen und Selbstbildern der Epoche entsprechen. Zudem können im Alltag Theorie und praktische Politik oft nicht auseinander gehalten werden. Dennoch klammert man sich weiterhin an Rezepte, wie sich die Menschen zu verhalten hätten. Grüner Tisch und Wochentag korrespondieren aber nicht, und ein weiteres Experiment in Sozialismus ließe sich nur *gegen* die artikulierten Bedürfnisse der Wähler durchsetzen.

<sup>13</sup> Er wird in einem soeben erschienenen Buch individualpsychologisch beschrieben: Cherie Carter-Scott, Nega-hollker, Frankfurt/New York 1990.

<sup>14</sup> Zit. nach: Der Spiegel Nr. 43 (1989), S. 46.

## Utopie

„Das Mögliche ist ein mythischer Vogel, ständig schwebend zu den Häuptern der Menschen".<sup>15</sup> Dem naheliegenden Einwand, das Mögliche verwirkliche sich doch von selbst, hält der Anführer republikanischer Truppen in der französischen Vendee entgegen, daß sei keineswegs unbedingt der Fall. Denn „wenn man die Utopie zurückstößt, so hindert man sie daran, Leben zu erlangen". Auch das Mögliche bedarf also der Freilegung durch das Handeln, obschon „in dem klaren Gefühl, so kann's nicht bleiben", gleichsam eine „Ahnungsgarantie" liegt.<sup>16</sup> Auf eine Logik der Geschichte oder des Systems aber, die ohne menschliches Dazutun alles richten werde, ist jedenfalls kein Verlaß, es sei denn, man möchte die Sachzwänge (zum Beispiel der Wirtschaftswelt) zu menschlichen Eigenzwecken erhöhen - und damit zum letzten Sinn von Geschichte überhaupt. Das dürfte in unserer Epoche des gestörten Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft sowie zwischen Lebenswelt und technischer Entwicklung allerdings einigermaßen schwer fallen, trotz der Schalmeienklänge etwa einer modernen Schicksalslehre in Gestalt der Systemtheorie, wonach sich alle Seinsfragen in bloße Verkehrsregeln der Sozialwelt verwandeln. Natürlich kann auch der Griff nach dem Möglichen scheitern, dann nämlich, wenn dieses sich noch im Zustand der Utopie befindet. Die historischen Übergänge sind zumeist fließend und für die Zeitgenossen oft nicht recht zu durchschauen. Wenn freilich das Noch-nicht - oder auch das Nicht-mehr - erzwungen werden soll, so ist das nur über eine Diktatur möglich. Victor Hugo siedelt das Gespräch über die Verwicklungen von Sein und Sollen nicht umsonst im Gefängnis an. Der jakobinische Zukunftselan hatte sich seinerzeit zuviel zugetraut: Voller Ungeduld wollte er das Element der Zeit überspringen! So mußte man die neue Ordnung ohne das Polster wirtschaftlicher Spielräume einrichten, die Folge war ein allgemeiner Notstand, wie er auch allen späteren Revolutionsaufbrüchen zu schaffen machte. Das utopische Denken gerät immer in Abhängigkeiten, wenn es zur Verwirklichung drängt. Es darf sich aber nicht aus der Verantwortung für die Veränderungen stehlen und den Kontakt zu den Bedürfnissen und Wünschen derjenigen verlieren, für die es handelt. Nichts ist mithin selbstzerstörerischer als der Verlust an demokratischer Rückkoppelung bei Weltbildern, die im Namen der Mehrheit zu sprechen vorgeben.

Das war schon das Problem der von Victor Hugo literarisch gestalteten Jakobinerepoche zu Ende des 18. Jahrhunderts, in der eine Gruppe von Linksinтеллектуellen glaubte, im Vollbesitz der Erkenntnis über das zu sein, was als zeitgemäß zu erstreben war. Mit allen Mitteln wollte man seine „Errungenschaften" - eine Lieblingsformel der späteren Nomenklatura - daher erhalten, am Ende eben auch gegen das Widerstreben jener, für deren Wohlbefinden man sich ursprünglich einmal in die politische Arena begeben hatte.

---

<sup>15</sup> Victor Hugo, *Quatrevingt-Treize* (1874), Édition Garnier, Paris 1963, S. 469 ff.

<sup>16</sup> Johann Nestroy, *Freiheit in Krähwinkel* (1848), 1. Aufzug/8. Auftritt, in: ders., *Lustspiele*, München 1986, S. 381 ff., hier S. 397.

Diese Verwechslung von guter Absicht und schlechter Realität machte in diesem politischen Lager Schule und beeinträchtigte am Ende die Balance zwischen Sein und Sollen, was einer *doppelten Moral* den Weg ebnete. Seit dem Babouvismus bis zum Stalinismus wurde entweder das Sein einem vom Kader beschlossenen Sollen unterworfen; oder aber dem Werden sahen sich im Schwange des „wissenschaftlichen Sozialismus“ erlösende Qualitäten untergeschoben, wonach der von August Bebel später so benannte „große Kladderatsch“ schon von selber kommen würde.

In ihrer Alltagspolitik allerdings hielt sich die westeuropäische Arbeiterbewegung - unter dem heilsamen Einfluß der sozial-pragmatisch orientierten Gewerkschaften - kaum an ein solches Entweder-Oder. Insofern wirkt die Sozialismusdebatte in den Gewerkschaften reichlich paradox, die im vergangenen Jahr durch den osteuropäischen „Abschied von der Ständegesellschaft“ (Artur Meier) ausgelöst wurde. Denn mit „dem“ Sozialismus als komplettem Gesellschaftssystem - auf politisch-normativer Basis und mit dem Anspruch auf semantische Totalität - hatten die Gewerkschaften jedenfalls hierzulande seit der Jahrhundertwende wenig im Sinn. Erst recht aber nach 1949 dachte keiner mehr an eine Zentralkommandowirtschaft, man mochte noch nicht einmal mehr von „Klassen“ sprechen, wenn die Verhältnisse angeprangert wurden. Die Selbstkritik von Dieter Wunder, Hinrich Oetjen und anderen wird durch diese Fakten allerdings keineswegs überflüssig, wie vor allem die Antworten von Karlheinz Blessing oder von Siegfried Bleicher zeigen, in denen „der“ Sozialismus noch immer einer irgendwie greifbaren Appellationsinstanz gleicht, die auch in Zukunft unwandelbar über den Wassern schwebt. Obschon der sozialpolitische Weg selbst das Ziel aller gewerkschaftlichen Bemühungen umschreibt, bewirkt die Romantik eines „Endziels“ durchaus problematische Unschärfen bei der verbandlichen Selbstdefinition.

Bedauerlicherweise wurde diese Diskussion auf dem 14. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß Ende Mai 1990 in Hamburg als Beitrag zur gewerkschaftlichen Standortbestimmung nicht fortgeführt, weil vor allem die IG Metall kein gesteigertes Interesse an solcher „Revisionismusdebatte“ zeigte.<sup>17</sup> Immerhin hatten die Praxisnähe und ihre Unwägbarkeiten auch im gewerkschaftlichen Umfeld keineswegs zu einer Identifikation ohne Wenn und Aber mit den Herausforderungen der Lebenswelt geführt, was nicht zuletzt die Ausführungen von Dieter Wunder klarstellen. Irgendwie hat man immer ein schlechtes Gewissen behalten - bis heute -, daß die nüchterne sozialpolitische Kleinarbeit die hehren Ziele der eigenen Denktradition verrate. Entsprechend ist man gleichsam in extrovertierter Selbstkritik nun einigermaßen empört über den schnöden Gesinnungsmammonismus jener vielen Osteuropäer, die in diesen Monaten „rübermachen“, weil sie sich endlich auch einmal das gönnen wollen, dessen der kritische Zeitgeist im Westen längst überdrüssig zu sein vorgibt.

---

<sup>17</sup> Vgl. die einschlägige Debatte in den Gewerkschaftlichen Monatsheften Nr. 12 (1989); Nr. 2,3 und 4 (1990).

### Beschwernis

Damit aber sind wir zurück bei dem Dilemma der - freilich nicht nur - linken Unwilligkeit oder Unfähigkeit, den Wandel in Osteuropa zu begrüßen oder gar Verständnis für die materiellen Sorgen der unzähligen Zukurzgekommenen des Realsozialismus aufzubringen. Nachzutragen bleibt noch, daß sich - anders als in der jakobinischen Tradition, die fanatisch nach dem Unmöglichen sah - die Gegenwart auch verpassen läßt, indem man mit allzuviel Flaufen im Kopf nicht einmal nach dem Möglichen greift. Hat die Mäkelei der Intellektuellen in diesem überhöhten Anspruch ihren Ursprung? Sicherlich, denn die neuen Entwicklungen wollen nicht in die eigenen Konzepte passen, in denen ja alle Nachkriegsbestände so schön zum Puzzle zusammengefügt worden waren, jedenfalls auf dem Papier.

1. Kritisiert wird zum einen der soziale Aspekt der Veränderungen. Es ist nicht nur Sozialneid - das aber wohl auch -, der mit Blick auf die sicherlich enormen Kosten der osteuropäischen Entwicklungen mittlerweile in breiteren Kreisen der Bevölkerung zu minderer Anteilnahme an der Befreiung führt. Vor allem scheint man den Wohlstandswunsch der anderen inzwischen als unmäßig zu betrachten, als „Verblödung durch Waren“ (Max Frisch), ohne damit die ökologischen Folgelasten solcher Konsumbedürfnisse zu meinen, was immerhin noch verständlich wäre und auch das eigene Fehlverhalten in die Kritik einbezöge.

Es finden sich vielmehr Züge einer Arroganz der Satten, die sich lieber in unverbindlicher Fernstenliebe einer Dritte-Welt-Lyrik ergehen und derart das schlechte Gewissen der Bessergestellten kanalisieren. In hautnaher Berührung hingegen pflegt man die unverhüllten Begehrlichkeiten der Nachbarn nurmehr abstoßend zu finden. Das paßt alles so ganz und gar nicht in die postmoderne Anthropologie abgeklärter Linker, dieser Wille zum Videogerät oder zum richtigen Auto, der Hunger nach Südfrüchten oder nach Fern-tourismus.

2. Hinzu kommt aber zum anderen noch ein weiterer Aspekt. Keine Frage, die Linke im Westen verhielt sich gegenüber den Entgleisungen des Realsozialismus *politisch* immer deutlich distanziert. Und doch waren die wirklichen Beziehungen komplizierter. Bei vielen Diskussionen ist es der östlichen Seite immer wieder gelungen, den Besitz des *eigentlichen* Sozialismus - bei allen Verzerrungen im Detail - gegenüber der angeblich inkonsequenten Politik etwa der Sozialdemokratie zu behaupten und daraus argumentatives Kapital zu schlagen. Diese Sicht der Dinge wurde und wird bis heute überdies auch von Fraktionen im eigenen Stall hochgehalten - etwa von Teilen der Jungsozialisten, wie deren letzter Bundeskongreß Ende April 1990 in München erwiesen hat -, die unter Leugnung der doch seit Max Webers Zeiten bekannten Unzu-träglichkeiten des Realsozialismus als Gesellschaftsmodell weiterhin auf dem Steckenpferd einer Systemüberwindung herumreiten. Was immer das genau heißen soll, denn in Wirklichkeit hat sich nicht erst seit den Tagen der Pariser

„Kommune“ von 1871 gezeigt, daß wir es in diesem Zusammenhang nicht mit einem „Hammerschlag“ (Rosa Luxemburg), sondern in Wirklichkeit mit einer Daueraufgabe zu tun haben, also „mit *jedem* Versuch“, wie Pierre Joseph Proudhon sich einst ausgedrückt hat, „die Gesellschaft zu bessern“. Was wunder, daß man sich von Kurt Schumachers strikter Haltung - der mit Blick auf den Sowjetkommunismus in der Schwarzmarktzeit von „rotlackierten Nazis“ gesprochen hatte - nach und nach fortbewegte und mit der Losung „Wandel durch Annäherung“ eine Anerkennung des Sowjetblocks einübte, übrigens sehr zum Kummer der Dissidenten in den betroffenen Ländern.

Dieser Spuk der Pseudolegitimität ist im letzten Jahr freilich verfliegen. Mit ihm auch der Realsozialismus als Gesellschaftsalternative - auch wenn der Sozialismus als Utopie von einem gerechteren Leben ein wichtiges *Korrektiv* bleibt -, weil Systeme mit Lenkungsmonopolen etwa angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtungen von heute nicht nur nicht funktionieren; sie weisen vielmehr auch die inhärente Tendenz auf, Regelungswiderstände oder Funktionsschwächen durch die Aneignung weiterer Monopole überwinden zu wollen.

Während nun die orthodoxen Wendehälse der SED-PDS die entglittene Verfügungsgewalt im neuen Rahmen wiederzugewinnen trachten - mit beachtlichem Erfolg -, machen auch viele Linke im Westen nicht eben glückliche Gesichter über den Verlust der klaren Fronten, also dessen, was man bisher eifertig „Stabilität“ nannte und worin man sich so angenehm eingerichtet hatte. Hier wäre sehr viel Selbstkritik anzuraten, beispielsweise mit Blick auf das politisch einigermaßen ominöse, wenngleich wohl pastoral-gutgemeinte SPD-SED-Papier vom Sommer 1987, das nicht nur Alfred Grosser „schockierend“ genannt hat,<sup>18</sup> um von der Ablehnung der „Erfassungsstelle“ in Salzgitter ebenso zu schweigen wie von der leichtfertigen Befürwortung einer DDR-Staatsbürgerschaft.

3. Ein weiteres kommt hinzu: In Intellektuellenkreisen äußert sich die Gereiztheit über den Umbruch im Osten wohl am deutlichsten in der deutschen Frage, oder sie fällt hier vor dem Hintergrund starker Gefühle am meisten auf. Zwar hat die SPD nach Willy Brandts Einlenken wenigstens offiziell rasch umgelernt, nachdem man sich mit der Zweistaatlichkeit bereits arrangiert hatte. Das Fernbleiben des SPD-Vorsitzenden jüngst in Bonn bei der Unterzeichnung des „Staatsvertrages“ mit der DDR aber wirkte immer noch wenig souverän -wenngleich alle Entscheidungen gegenwärtig wirklich etwas holterdipolter fallen -, und auch Oskar Lafontaine scheint eher an Aufmerksamkeit für sich denn an gelungenen Weichenstellungen in der Deutschlandpolitik interessiert.

Die Grünen gar tun sich noch schwerer mit dem Umstand, daß die DDR ein Zwangsprodukt der Weltpolitik und keineswegs und zu keinem Zeitpunkt der staatliche Ausdruck des freien Willens der ostdeutschen Bevölkerung war.

---

18 „Ein Wunschzettel voller Widersprüche“, in Die Zeit vom 20.10.1989, S. 11

Gleichwohl, auch in Kenntnis dieser Unzuträglichkeiten hatte man sich (nicht nur) im linken Umkreis seit langem an die eingespielten Zustände gewöhnt. Man war derart einer rein-machtpolitischen Rechtfertigung aufgesessen und verliert sich im Selbsthaß der Deutschen als (um mit Paul A. Pfizer zu sprechen) „gefallener Nation“: „Auf ewig geteilt“ als Sühne für Auschwitz? Das verrät zumindest ein ausgesprochen archaisches Politikverständnis, ganz davon abgesehen, daß man solchermaßen jede Lernfähigkeit ausschließt, die sonst doch dem Delinquenten gerne zugebilligt wird. Warum wird sie der eigenen Bevölkerung verweigert?

Vergleicht man diese Überzeugung mit der Haltung der Linken in derselben Frage nach 1945 - von der Sozialdemokratie bis zu den (jedenfalls anfangs noch) Kommunisten -, dann fällt ein Verlust an moralischen Kriterien im Laufe der Jahre bei der Beurteilung politischer Phänomene auf. Bei aller Ablehnung der eigenen Verhältnisse frönte man doch einem immer blinderen Tatsächlichkeitskonformismus mit Blick auf den Osten. Dieser stellt übrigens eine politisch bedenkliche Attitüde dar, weil wir es in der nationalen Frage mit Emotionen zu tun haben, die leicht ausufern, wenn man sie nicht anhört. Die Linke hat diese Gefühlswelt schon immer unterschätzt, wie der preußische Ministerpräsident Otto Braun im Exil mit Blick auf die Weimarer Jahre bedauerte.<sup>19</sup> Zugunsten eines vagen Internationalismus verweigerte die Linke wenigstens offiziell jenes „schlichte, glaubhafte Nationalgefühl“ - das Werner Hofmann seinen Landsleuten immerhin zubilligen wollte —, obschon es nach einer Sentenz von Lenin doch eigentlich hieß, „dort zu arbeiten, wo die Massen sind“. „Jetzt lallen sie wieder“, so wurde vor kurzem die Standortsuche kommentiert, die hüben wie drüben im Gange ist.<sup>20</sup> Mit dieser Einschätzung wurde vor allem eine sehr deutsche Unfähigkeit artikuliert, im politischen Raum mit den Beständen zu rechnen. Es fällt dieser Generation offensichtlich schwer, patriotischen Äußerungen über den Weg zu trauen. Zu den Angstträumen vor der eigenen Unzurechnungsfähigkeit zählt bis auf weiteres noch immer der Nationalstaat und damit eben auch jenes „Recht auf Heimat“, das die SPD im Programmentwurf vom März 1989 immerhin als Anspruch „der Menschen auf . . . ihre Kultur“ ansah, in das neue „Berliner Programm“ dann jedoch nicht aufgenommen hat. Gibt die seit längerem zu beobachtende Renaissance der Völker und ihrer Regionen der ursprünglichen Formulierung nicht aber Recht? Ebenso sollte man sich vor Augen halten, daß auch jede denkbare Gestalt einer zukünftigen „Europäischen Union“ kein anderes Ziel wird haben können als die Förderung der europäischen Vielfalt, nicht aber deren Vereinheitlichung in einem Wirtschaftsgiganten ohne regionale Eigenheiten. Warum soll dieses Recht auf Selbstbestimmung aber für die Deutschen nicht gelten?

---

<sup>19</sup> Zit. nach: Der Spiegel Nr. 7 (1981), S. 47.

<sup>20</sup> Benedikt Erenz, „Hokuspokus“, in: Die Zeit v. 19.1.1990, S. 49.

### Geistesgegenwart

Für viele Mitbürger geht es heute mit einer Gedichtzeile des 45jährigen Botho Strauß aus dem Jahr 1985 doch wohl eher um die Behebung eines Verlustschmerzes:

Kein Deutschland gekannt zeit meines Lebens.  
Zwei fremde Staaten nur, die mir verboten,  
je im Namen des Volkes der Deutsche zu sein.  
Soviel Geschichte, um so zu enden?<sup>21</sup>

Das ist überholt, so erweist sich gegenwärtig, gleichwohl aber empfindet etwa Jürgen Habermas, Jahrgang 1929, die überraschende Neuvereinigung auch eher als Ausdruck der „Schamlosigkeit seines von den Börsenkursen gestützten Nationalismus“.<sup>22</sup> Ziemlich verbittert schreibt er daher an gegen den pausbäckigen „DM-Nationalismus“, dessen Muskelspiele er als ausgesprochen protzig empfindet. *Germony on the marcin this time?*

Das ist nicht nur reichlich weltfremd gesehen, weil gerade die finanzielle Last der Einigung die deutsche Wirtschaftskraft auf unabsehbare Zeit zurückwerfen wird, und es mit „D-Mark, D-Mark, über alles“ also zunächst einigermaßen düster aussieht. Und überdies fragt sich, ob nicht gerade diese materiell-nüchterne Sicht der Einigungsfrage frei nach „Wo es mir gutgeht, da ist mein Vaterland“ viel unaufgeregter und damit für unsere Umwelt erträglicher wirkt als alle romantische Schwarmgeisterei von deutscher Gemeinschaftlichkeit, welcher Art auch immer?

Politik ist die Kunst, aus Gelegenheiten Ereignisse zu machen, falls sie nicht allzuviel Angst vor der eigenen Courage hat. Man kann Gelegenheiten nur ergreifen, wenn man es sich im „Strandkorb des Unproduktiven“ nicht allzu bequem gemacht hat, als welchen Gottfried Beim einmal die Ohnemiechlei bezeichnet wissen wollte. Auch das politische Engagement verbaut man sich so, als dessen stärkste Schubkraft seit Schopenhauer nicht zuletzt das *Mitleid* gilt. Dieses setzt freilich Mitleidenwollen und damit Anteilnehmen an seiner Mitwelt voraus. Und „wer nicht Gutes und Böses = Summa: Lebendiges und Schicksal zusammenschauen kann“, der lasse gleich Politik und Geschichte „und lese Romane, wo man einander am Ende kriegt“.<sup>23</sup> Man kann aber auch in der Manier am Politikbetrieb teilnehmen, daß man etwa Ersatzgefühle wie Fernstenliebe oder Struktur-Feindschaften feiert, um in Fahrt zu kommen. Viele leben dann aus geliehenen Emotionen, und ihre Politik bleibt unproduktiv: „Anti!“ heißt die zentrale Losung, alles gerät zum Kopfzerbrechen und wird damit zur lebensweltlichen Beziehungskiste. Diese intellektuelle Denkweise bewegt zwar keine großen Wählerschaften,<sup>24</sup> sie ist gleichwohl nicht zu überhören. Man verständigt sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, pflegt die Nabelschau und entspricht solchermassen gerade nicht jener Definition

21 „Diese Erinnerung an einen, der nur einen Tag zu Gast war“, München 1985, S. 48.

22 „Der DM-Nationalismus“, in: Die Zeit vom 30. 3.1990, S. 62 f., hier S. 62.

23 Jacob Burckhardt, Über das Studium der Geschichte, hrsg. von Peter Ganz, München 1982, S. 127.

24 Darauf hat bereits Helmuth Plessner, Grenzen der Gemeinschaft, Bonn 1924, hingewiesen.

eines Maxim Gorki, wonach wenigstens alle linke Politik der *Sinnenfreude* verpflichtet sein solle als Gegenpol zur kruden Gewinnmaximierung. Aber wie wäre solche Sinnenfreude zu erreichen? Vor allem Befriedigung über die erreichten Ziele gehört dazu, also auch die Unbefangenheit, Beifall zu bekunden, wenn den Mitmenschen aus glücklichen Krisen unvermutete Chancen auf mehr Freiheit und Gerechtigkeit entstehen, selbst wenn das Drum und Dran nicht in die eingefahrenen Denkbahnen passen sollte. Andernfalls kann man sich nicht gegen die weitere „Entmoralisierung öffentlicher Konflikte“ (Habermas) äußern oder die laufenden Debatten um die Logik der Weltbilder beeinflussen. Ohne linke Vorschläge aber werden wahrscheinlich - wie nach 1947 - wieder allein die Marktkräfte bestimmen, wohin die Reise geht.

Wenn ein Buch und ein Kopf zusammenstoßen, und es klingt hohl - so hat der Aufklärer Lichtenberg einmal geschrieben -, dann muß das nicht unbedingt am Buch liegen. So auch in unserem Fall. Denn das Mißbehagen, das viele Intellektuelle gegenüber dem Aufbruch im Osten und der Gestaltung der deutschen Dinge befällt, macht deutlich, daß einige ihrer Denkmuster und Verhaltensstile offenbar veraltet sind, man sich gegen Neues aber heftig sträubt. Entsprechend wirken nicht unbedingt die veränderten politischen Realitäten, wohl aber deren Wahrnehmung zuweilen ausgesprochen beängstigend.